

# Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Belegten durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50  
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Cöln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.  
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Zeile 30 Hg. Stellenvermittlung  
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 48.

Cöln, den 26. Oktober 1906.

VII. Jahrgang.

## Teuerung und kein Ende!

Wir stehen gegenwärtig in einer Zeit, der die überall hervortretende Teuerung ihren Stempel aufdrückt. Mittel- und Mietpreise steigen ganz gewaltig und an die Spitze ist die Arbeiterchaft sicher, nicht einen Aufschlag hauptsächlichsten Nahrungs- und Gebrauchsmittelpreise zu führen. Zwei Gegenstände sind es insbesondere, die fast himmelschreiende Verteuerung erfahren haben: Brot und Miete. Dazu gesellt sich noch eine Verteuerung der übrigen Preise, die über kurz oder lang sich auch beim Brot fühlbar machen wird. Steig doch der Preis pro Weizen vom September 1905 bis September 1906 um 2 M. auf 176 1/2 M., Roggen von 154 M. auf 158 M., Gerste von 156 M. auf 171 M.

Wenn irgend etwas Verbitterung in der Masse des Volkes erregt, ja erregen muß, so ist es ohne Zweifel die Steigerung der Fleischpreise, die es bald keinem mehr ermöglicht, sich die unbedingt notwendige Nahrung zu verschaffen. Niemand, auch der extremste Gegner, leugnet das Vorhandensein einer Fleischteuerung, die als Fleischnot genannt, ab. Die Großhandelspreise für Fleisch in Berlin pro Doppelzentner Schlachtgewicht:

II. Qual.	164 M. z. Zeit, 137 M. 1905, 123 M. 1900/04.
I. Qual.	168 " " " 147 " " 132 " "
II. Qual.	173 " " " 139 " " 121 " "
I. Qual.	139 " " " 128 " " 105 " "

Rechnet man die Verteuerung durch den Zwischenhandel, den Aufschlag der sonstigen Nahrungsmittel seit dem Jahre 1900/04 im Durchschnitt 20%, Butter 10% usw., so ergibt sich, daß die Arbeiterchaft heute einen 15% bis 20% höheren Geldebetrag für die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel ausgeben muß, als in den Jahren 1900/04. Die Verteuerung ist nun einmal Tatsache und läßt sich durch nichts aufheben.

Die Gründe dieser Erscheinung sind verschiedenartige. Man scheint nichts verkehrter zu sein, als wenn die sozialökonomische einseitig tendenziöse Weise, unsere Volksgesetzgebung als Karmel betrachtet. Sicherer geht man, wenn man die Verteuerung zunächst als eine Folge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges betrachtet. An der vollen Futterdeckung der guten Konjunktur stehen die verschiedensten Erzeugnisse und suchen ihren Teil zu erhalten. Der eine oder andere weniger. Auch die Bauern verspüren die wirtschaftliche Hochkonjunktur und suchen ihr Schäfchen dabei zu wahren zu bringen. Begünstigt durch den vorhandenen Reichtum, halten sie mit dem Viehverkauf zurück, um höhere Preise zu erzielen. Daß dieses Streben vorhanden ist, zeigt eine Zuschrift aus landwirtschaftlichen Kreisen an die „Landeszeitung“, in der es heißt:

„Wenn die Preise hoch sind, soll man verkaufen. Wenn jetzt alle Bauern tüchtig Vieh aufziehen und verkaufen, dann wird nach kurzer Zeit eine große Menge Viehes vorhanden sein, welches dann gleich auf den Markt gebracht wird. Und dann gehen die Viehpreise ganz tief herunter; alsdann wird der Bauer, der seinen Verkauf seines Viehes trotz der hohen Preise ablehnt, nicht mehr sein Vieh zu wahren Spottpreisen zu verkaufen, sondern alsdann wird jeder Bauer dem andern im Verkauf Vieh machen. Also: die Ställe auf! Auf den Markt mit dem Vieh! Wir sind überzeugt davon, daß bei Befolgung dieser Ratschläge die Fleischpreise heruntergehen werden. Wenn sie nicht heruntergehen, dann wird die Regierung gezwungen sein, die Preise zu öffnen. Das aber würde gerade den Landwirten allerhöchsten treffen.“

Die im Interesse der Bauern geschriebenen Worte geben den Fingerzeig für die herrschende Fleischnot. Die Landwirte haben eine um so günstigere Position als eine straffe Konjunktur ihnen den Rücken stärkt, und die Volksgesetzgebung ihnen ein Gefühl der Sicherheit verleiht. Insofern mag der Landwirt für die Masse des Volkes nicht von Vorteil sein.

Die Landwirte allein sind es, die durch Zurückhalten des Viehes den Fleischpreis steigern. Auch der Zwischenhandel trägt sein gutes Stück dazu bei. Wie wäre es anders zu erklären, daß in den Nachbarländern, wo die Viehnot in ähnlichem Umfange besteht, die Viehexporteure im Rückgange begriffen sind? Die internationale Verbindung der Händlerorganisationen dürfte hier eine Rolle im Spiele haben. In diesem Glauben wird man sich mehr gestärkt, als bei all der Verantwortlichmachung der Händler für die hohen Fleischpreise diese sich im Gegensaatz den Landwirten in ein tiefes Schweigen hüllen. Ueber die Gründe der Händler gibt „Das Reich“ folgende Stichproben:

Der Dresdener Zentralviehmarktbank erzielte pro 1904 einen Gewinn von 24%, das Chemnitzer Institut 17%. Die Berliner Viehmarktbank verzeichnete pro 1905, also im Jahre der Fleischnot, 38% ihres Anlagekapitals an Provisionen, Kommissionsgebühren und brachte einen Reingewinn von 20% heraus.

Im allgemeinen kann man daher annehmen, daß der Grund der Verteuerung des Viehes eine künstliche Verteuerung ist. Vollständige Klarheit ist auf diesem

Gebiete schwer zu erlangen. So lange nicht die für die Konsumtion in Betracht kommende Viehmenge ermittelt ist und die Verkaufspreise der Landwirte und die Gewinne der Händler unbekannt sind, wird noch viel wahres und falsches über die Fleischnot und deren Ursachen geredet und geschrieben werden.

Darüber, was zu geschehen hat, um die Kalamität zu beseitigen, sind bereits die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Die Regierung, welche die Verantwortung für das Wohl und Wehe des Volkes trägt, sollte endlich zugreifen und nicht nur diese oder jene, sondern alle Mittel gebrauchen, auch solche, die nur in etwa den Schein haben, als seien sie zur Abmilderung der Sachlage geeignet. Helfen sie nicht, so hat wenigstens die Regierung ihre Pflicht erfüllt.

Die Arbeiterchaft vertritt sich eine Linderung der Fleischnot, insbesondere durch eine Öffnung der dänischen und holländischen Grenze für die Vieheinfuhr, sowie durch die Beseitigung oder Herabsetzung des Mehrzollens für das Vieh. Diejenigen, die einen internationalen Viehmangel vorhanden wissen wollen, können sicherlich nichts dagegen einwenden, da ja eine Schädigung der heimischen Landwirtschaft nicht eintreten kann. Außerdem bleibt zu berücksichtigen, daß wir einen Schutz zoll haben, der dann das Recht auf die Existenz verliert, wenn er denjenigen, für die er geschaffen, nichts nützt, der Masse des Volkes aber schadet.

Neben der Steigerung der Fleischpreise, tritt allenthalben eine Erhöhung der Mietpreise in die Erscheinung. So muß die Statistik des Reichsanwaltes der Buchdrucker feststellen, daß in den Vororten Berlins in den letzten vier Jahren die Mietpreise um 12 — 39% gestiegen sind. Im Westen Deutschlands, weisen die Bergarbeiterlöhne in der Zeit von 1890 bis 1906 eine Steigerung von 19,48% auf. Demgegenüber muß das Organ der Grubenbesitzer „Stück auf“ darauf hinweisen, daß die Mieten der Werkwohnungen in derselben Zeit verhältnismäßig bedeutend mehr gestiegen sind. Der Mietpreis, einer der Besche „Verhulst“ gehörigen zweiräumigen Werkwohnung stieg in genannter Zeit um 20%, während eine dreiräumige Wohnung sich um 50% im Preise erhöhte. Selbst die „Wohlfahrtsvereine“ der Arbeitgeber werden demnach teurer für die Arbeiterchaft.

Auch die Mietsteigerungen haben keine einheitliche Ursache. Mit dem Zusammenströmen von Massen in die Städte oder industrielle Gebiete ergibt sich bei den heutigen Verhältnissen nun einmal die Schaffung neuer Werte, deren Besitzer auch nicht den kleinen Finger um die Gewinnung dieser zu rühren braucht. Die da hinter greifende Spekulation sorgt dann schon dafür, daß diese Werte anstatt der Allgemeinheit, die sie geschaffen, nur wenigen zu gute kommen. Selbst die Wertzuwachssteuer, die als ein Reformmittel gepriesen wird, ändert an dieser Tatsache nichts. Der Stadt- oder Gemeindefiskus wird dadurch gefüllt, die zur Miete wohnende Bürgerchaft aber muß den Hausbesitzern die Zinsen für gezahlte Wertzuwachssteuer aufbringen. Eine durchgreifende Bodenreform ist hier vonnöten.

Staat und Kommune dürfen auch hier nicht müßig zuschauen, sondern müssen durch den frühzeitigen Ankauf von Bauland und die Unterstützung von Baugenossenschaften, dem nimmermüden, mammonistischen Spekulantentum entgegenreten.

So wie die Verhältnisse für die Masse des Volkes bezüglich der Lebenshaltung heute sind, können sie nicht bleiben. Wie würde es aber ausschauen, wenn nicht die Arbeiterchaft es zum großen Teil verstanden hätte, mit Hilfe ihrer Organisation die Einkommensverhältnisse zu verbessern? Doch allein tut die gewerkschaftliche Organisation auch nicht. Neben der Tätigkeit in dieser, bleibt uns immer noch die Pflicht zur Betätigung im politischen Leben des Staates und der Kommune. Die jetzige Zeit der Teuerung weist uns von neuem darauf hin.

## Nur kein Versumpfen!

Seit dem Bestehen der gewerkschaftlichen Organisationen haben die einsichtigsten Kämpfer der Arbeiterbewegung stets das Bestreben gehabt, die Gewerkschaften in ihrer innerorganischen Beschaffenheit den Verhältnissen anzupassen, besonders gegenüber den immer stärker zu Tage tretenden zentralistischen Bestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiete. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung verdankt ihre heutige Machtstellung der Erkenntnis, daß mit lokalen und Bezirksorganisationen der Arbeiter wenig anzufangen ist und eine möglichst starke Zentralisation Platz greifen muß. Wer in den ersten Jahren der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit tätig war, wird den befriedigenden Unterschied zwischen den früheren dezentralisierten und der heutigen einheitlichen, gewerkschaftlichen Arbeit herausfinden. Fast die gesamten Zentralverbände unserer Bewegung haben ihren Ursprung in früheren Bezirks- und Lokalorganisationen. Ein Beispiel bietet hier der Zentralverband christlicher Textilarbeiter, der aus der Verschmelzung von acht kleineren Verbänden entstanden ist. Mehr Zentralisation nach außen hin, war von jeher die Lösung der christ-

lichen Gewerkschaftsbewegung, die in der Gründung des Gesamtverbandes ihren prägnantesten Ausdruck fand.

Mit der bisher erfolgten Vereinheitlichung ist die Zentralisation unserer Bewegung noch nicht zum Abschlusse gelangt. Der Geschlossenheit nach außen, muß eine organischere Geschlossenheit, die Zentralisation nach innen folgen. Der Eifer für die Erklarung unserer Bewegung, hat sich vor allem darin gezeigt, daß man allorts wo eben zugänglich, zur Gründung von Zahlstellen schritt. Auch in unserem Verbandsbereich war es so. Maßgebend für die Gründung war eben die Tatsache, daß sich so und so viele Kollegen bereit fanden, dem Verbande beizutreten. Bei der damals noch herrschenden geringen gewerkschaftlichen Erfahrung wurde auf sonstige Verhältnisse wenig Rücksicht genommen. Insbesondere fanden die Wechselbeziehungen zwischen nahe beieinanderliegenden Orten keine Berücksichtigung. Mit der Gründung einer Zahlstelle glaubte man eben einen Gewinn erzielt zu haben, der der Kollegenchaft fromme. Zweifelsohne hat dieser Eifer im Zahlstellengründen etwas gutes für unsere Bewegung gehabt. Neue Kämpfer wurden ihr zugeführt und so der gewerkschaftliche Gedanke geweckt.

Heute sind Verhältnisse, die ehemals noch vor wenigen Jahren bestanden, durch andere abgelöst. Aus den theoretischen Gestirnen der Gewerkschaftsbewegung ist das Gros unserer Mitglieder heraus und in die Praxis derselben eingetreten. Der Zeit der Schulung folgte eine vermehrte Teilnahme an den praktischen, gewerkschaftlichen Aufgaben. Letztere erheischen wiederum eine ziemliche Geschlossenheit und Einheitlichkeit. Nunmehr sehen wir, daß dasjenige was früher als Vorteil der Bewegung gelten konnte, zur besseren Erreichung unserer Ziele wertlos, wenn nicht gar hinderlich ist. Oder ist etwa das Bestehen von mehreren Zahlstellen eines Verbandes in einem Stadt- oder einheitlichen Lohngebiete ein Vorteil für die Bewegung? Wägt man das Wertvolle und Wertlose ab, so kommt man zu dem Resultat, daß letzteres bei den vorgegebenen Umständen überwiegt. Die Gründe, die für eine Dezentralisation der örtlichen Bewegung geltend gemacht werden, sind in ihrer großen Mehrzahl derart nichtig, daß man der Beibehaltung des bisherigen Zustandes nur dem herrschenden Gewerkschafts-Pfahlbürgertum zuschreiben kann: Ein gut Stück Kirchturmspolitik verkörpert sich in den Ansichten über die Zweckmäßigkeit verschiedener Zahlstellen in einem für sich abgeschlossenen Gebiete. Die Idee der Befreiung der Gesamt-Arbeiterklasse aus den heute noch herrschenden unwürdigen Zuständen tritt hier gegen die persönliche Freundschaft und die begrenzte Kollegialität in den Hintergrund. Ein solcher Zustand muß einem noch idealerem weichen.

Mit der heute noch vielfach in unseren Verbänden herrschenden Kleinstaaterei wird ohne Zweifel mit der Zeit aufgeräumt werden. Im christlichen Bauhandwerker- wie auch Textilarbeiterverbände ist man z. B. an der Arbeit, um eine straffere Zentralisation der Zahlstellen durchzuführen. In unserem Verbandsbereich ergibt sich dieselbe Notwendigkeit. Eine Verschmelzung der in einem Lohn- oder sonstigen begrenzten Bezirke bestehenden Zahlstellen muß angestrebt werden. Die Zahlstellen Elberfeld und Barmen, deren Gebiete ein örtliches Ganze bilden, haben trotz ihrer Großstadtstellung die Verschmelzung bereits vorgenommen. Ähnlich wie hier liegen die Verhältnisse in Mannheim, Mainz, Cöln, Düsseldorf, Essen und anderen Städten. Während die gegnerischen Organisationen ihre Kräfte an diesen Punkten zusammenziehen, herrscht in unseren Zahlstellen ein verkehrtes System der Arbeitsteilung. Statt der so notwendigen Branchen- und Berufssagitation agitiert man nach einer wenig vorteilhaften Methode, die sich den Kirchturm als Wahrzeichen erfors hat. Viel kommt nicht dabei heraus. Wer die Entwicklung unserer Vorortzahlstellen seit ihrem Bestehen verfolgt, wird finden, daß wir heute hier bereits so weit sind wie früher einmal.

Die Geschlossenheit der örtlichen Bewegung muß demnach eine größere werden. Die Nachteile der gewerkschaftlichen Kirchturmspolitik zeigen sich an allen Ecken und Enden. Nur ein praktisches Beispiel sei hier angeführt: Als im vorigen Jahre der Kampf im Kölner Schreinerergewerbe seinen Anfang nahm, da konnte der soj. Verband geschlossen auf den Plan treten. Unser Verband dagegen stand vor der Notwendigkeit erst sieben Zahlstellen, die in Betracht kamen, sprechen zu lassen. Ein beschleunigtes Verfahren bedeutete das ohne Zweifel nicht. Angesichts dieser Tatsache, mag der damals von den Gegnern gemachte Vorwurf der Verzögerung unserer Entscheidung nicht ganz ohne Berechtigung sein. In der Zersplitterung unserer Kraft fand dieses eben seine Erklärung. Wäre die Einheitlichkeit des Denkens bei dieser Gelegenheit eine eben solche, wie die des Organismus gewesen, dann aber christlicher Holzarbeiterverband.

Nicht stichhaltig ist vor allem der Grund, daß bei einer zentralisierten Verwaltungsstelle, agitatorisch weniger herauszupringen. Das Gegenteil dürfte zutreffend sein. Heute mag in vielen Vorortzahlstellen manch tüchtiger Kollege zu finden sein, der in der Agitation seinen Mann stellt. Ist's nicht in der Kleinarbeit, dann doch aber in dem Erkennen

des Notwendigen und dem Hinweisen, wo angelegt werden muß. Praktisch liegt nun aber die Sache so, daß dem Kollegen in seiner Zahlstelle durch die örtliche Beschränkung, jede Möglichkeit genommen ist, seine Kraft in der wünschenswerten Weise zu entfalten. In einer zentralisierten Zahlstelle dagegen, findet jedes sich betätigen wollende Mitglied Gelegenheit einen seinen Verhältnissen und seiner Befähigung entsprechenden Posten auszufüllen.

Für die Mitglieder insgesamt sind die ideellen wie materiellen Vorteile einer einheitlichen Zahlstelle bedeutend. Wenn in manchen Zahlstellen der Versammlungsbefuch darniederliegt, so findet dieses vielfach darin seine Erklärung, daß infolge der geringen Mitgliederzahl eben der Erwerb fehlt, in den Versammlungen etwas fesselnbes zu bieten. Man fürchtet von vornherein die Blamage, wenn ein guter Vortrag vor wenigen Mitglieder gehalten werden muß, oder bestift auf Grund der geringen Stärke der Zahlstelle nicht soviel Lokalitätenvermögen um durch dasselbe für die Bildung der Kollegen etwas gediegenes zu bieten. Nach der materiellen Seite hin, ist es mit der Leistungsfähigkeit solcher Zahlstellen ebenfalls schlecht bestellt. In größeren Zahlstellen kann bei der vorhandenen Mitgliederzahl ein Lokalzuschlag zu den Unterhaltungen gezahlt werden. Je größer die Zahlstelle, um so leistungsfähiger ist sie. In den Vorortzahlstellen dagegen ist die Zahlstellenkasse bei zunehmenden Zuschlägen bald erschöpft, falls einige oder auch nur ein Kollege längere Zeit krank, oder am Streit beteiligt ist.

Für den gesamten Verband bedeutet die Zentralisation der Zahlstellen einen Schritt vorwärts, da zunächst die Leistungsfähigkeit dahin gesteigert wird, daß zur Verrichtung der Verwaltungsarbeiten, der Leitung der örtlichen Agitation, der Durchführung von Lohnbewegungen usw., ein Kollege als Lokalbeamter freigestellt werden kann. Gleichzeitig aber erleichtert man der Geschäftstelle des Verbandes die Arbeit wesentlich. Je weniger man die Zentrale mit Verwaltungsarbeiten, Korrespondenzen und dergleichen belastet, um so schwerer wird das weniger ideale System des Bürokratismus im Verbands zur Geltung gelangen.

Gegenüber allen Vorteilen, die eine straffe Zentralisation mit sich bringt, haben Freundschaftsbewertungen keinen Wert. Wir wollen eine Organisation, in der jedes Mitglied für das Ganze lebt und alle Kräfte einsetzt. Kirchturnspolit hat eine große Sache noch nie weiter gebracht und wird solches auch in Zukunft nicht vermögen. Darum fort damit.

### Die christlichen Holzarbeiter in Bayern.

Die ständige Zunahme von Mitgliedern und Zahlstellen, sowie die innere Stärkung unseres Verbandes in Bayern, geben den führenden „Genossen“ vornehmlich öfters Veranlassung, sich mit uns zu beschäftigen. Besonders für der Nähe weit finden es diese Leute uns jeden Erfolg abzusprechen, wie überhaupt systematisch schon seit Jahren versucht wird, unsere Bewegung zu verkleinern. Zwar vermögen solche, dem Größenwahn einiger roten Führer entsprungenen Verdächtigungen und Verleumdungen des von uns erzielten Erfolges, allgemein keinen Einbruch zu machen, aber dennoch sind wir verpflichtet, die über uns verbreiteten Unwahrheiten richtig zu stellen. Bezugnehmend auf eine Zeitungsnotiz, worin über die Lohnbewegungen und Entwicklung unseres Verbandes berichtet wird, ohne daß die Notiz darin erwähnt werden, führt sich ein Genossenführer verpflichtet, wieder einmal seine Praxis auszuüben und unseren Verband in Bayern als bedeutungslos hinzustellen. Schließlich müssen sich die treugläubigen Mitglieder des roten Holzarbeiterverbandes selbst darüber wundern, wenn ihnen in ihren Zeitungen plausibel gemacht wird, die Zahl der Christlichen ginge zurück, wenn andererseits sie selbst die Bekämpfung machen müssen, daß das Gegenteil davon der Fall ist. Schon im vorjährigen Bericht des Gaues München wurde den „freien“ Holzarbeitern berichtet, daß die Christlichen in Südbayern am absterben seien usw.

Seit der Zeit hat sich nun die Zahl der Mitglieder weit mehr als verdoppelt und die Zahl der Zahlstellen verdreifacht und trotzdem wird in der Holzarbeiterzeitung berichtet, „der Erfolg unserer Agitation sei nach jeder Hinsicht gleich Null.“ Dieselben Leute, die ihren Mitgliedern solche wahrheitswidrigen Berichte geben, wollen „Kenner der tatsächlichen Verhältnisse“ sein. Ueberhaupt bildet der hier angezogene Artikel der „Holzarb. Ztg.“ geradezu ein Musterstück der bekannnten Verkleinerungskunst.

Selbst über die Zahlstelle München wird darin mangels aller Kenntnisse folgendes zusammengedichtet:

„Da es besonders in der Münchener christlichen Zahlstelle in dieser Hinsicht sehr stark umher und normenmäßig aber die tägliche Niederlage, die den christlichen Führern anlässlich unserer heiligen Lohnbewegung bereitet wurde, man auch in Götting nicht recht zufrieden ist, so sollte dieser Bericht jedenfalls die anstürmende Mißstimmung etwas beschwichtigen.“

So viel Worte, so viel Unwahrheiten! Nichts von allen dem trifft zu. Die „Mißstimmung“, von der hier die Rede ist, haben unsere Kollegen in München noch nicht bemerkt, sie besteht allein nur in der Phantasie irgend eines „Genossen.“ Wenn unter den Kollegen eine ist immerung zu finden ist, so besteht sie nur gegen das kümmerliche Treiben einiger „Genossen“, die am Terrorismus Gefallen finden und unsere Kollegen brotlos machen. Und nur letzterem Umstand ist es zuzuschreiben, wenn in den letzten Jahren — nicht Monaten — einige charakterischwache Kollegen in das rote Lager hinüber gingen. Doch was will das bedeuten, wenn einige unserer, zumeist noch jungen Kollegen, dem Verband den Rücken lehren? Abgesehen davon, daß der Abgang der Kollegen durch Uebertritte aus dem roten Lager reichlich ausgeglichen wird, haben unsere „Holzgenossen“ keine Ursache, besonders die Uebertritte hervorzuheben. Fast von einem jeden solchen Kollegen wird uns versichert, daß er nur mit Widerwillen den „Roten“ angeht und nur dem Zwange gefolgt ist, „um seine Ruhe zu haben.“ Wie skrupellos von der gegnerischen Seite der Mitgliederfang betrieben wird, beweist schon der Umstand, daß wir wiederholt gezwungen waren, die unseten Kollegen herausgelockten Mitgliedsbücher, welche bereits nach Stuttgart geschickt wurden, wieder zurückzuerlangen, weil es unseren Kollegen gar nicht einfiel, sich in die „freie“ Zwangsjacke zu begeben. Solche Vorwände zeigen immer wieder, daß ein jeder christlicher Gewerkschaftler gleichzeitig auch ein Kämpfer für seine Ueberzeugung sein muß; ja der Kampf um letzteres erfordert bei unseren Kollegen vielfach einen größeren Mut, Entschlossenheit und Opferwilligkeit, wie die Verteidigung der materiellen Interessen. Daß nach der Richtung, die „Holzarbeiter-Zeitung“ ihre Mitglieder aufklärt, ist nicht zu erwarten. Dagegen werden die Angaben über unsere Mitgliederzahl weiter verächtlich. In der fraglichen Notiz wurde darauf hingewiesen, daß wir im Vorjahre nur im Sommer 680 Mitglieder gehabt haben. Daß es nun Ende Dezember desselben Jahres 861 geworden sind, ist eine Thatsache und nur ein höherer Fächer und unwissender „Genosse“ bringt es fertig, in diesem Falle von „Fünfkerei“ zu schreiben. An der von uns angegebenen Gesamtzahl der Mitglieder läßt sich allerdings nicht rütteln. Man versucht daher Vergleiche anzustellen, in dem man auf die Mitgliederzahl des sog. Verbandes hinweist. Diese Beweismittel sind sehr bequem und läßt sich selbst dann anwenden, wenn wir um Tausende von Mitgliedern zugenommen haben. Man unterläßt aber beizufügen, welcher Mittel man sich bediente und wieviel Kräfte mitgewirkt haben um die Erfolge zu erzielen. Neben den Tausenden Agitatoren müssen sogar Schreinermeister aus Augsburg und München an der Verbreitung des roten Verbandes mitarbeiten. Trotz dieses riesigen Aufwands von Geld und Danten, vermochte man die Zahlstellen in Günzburg und Eichstätt nicht zu halten, denn die „denkenden Kollegen sind immer mehr zur Einsicht gekommen“, daß nur in unserem Zentral-

verband ihre Ueberzeugung geachtet und ihre Interessen vertreten werden. Ein letzterer Lausache ändert auch den Stand nichts, daß bei manchen Lohnbewegungen, wie in München der Fall war, gegen unsere Zahlstelle mit den verschiedensten Mitteln gearbeitet wurde, um unseren Verband beim Tarifabschluß auszuschalten. Der Plan ist dann schließlich in die Brüche gegangen. Heute kommt bei jeder Tarifen mit Ausnahme dem der Parkettleger, wo gemeinsam unterzeichnet wurde, unser Verband als selbständiger Kontrahent in Betracht. Die Bemerkung der „Holzarb.“, als ob der von uns eingereichte Tarif wenig Beachtung gefunden hätte, ist schon deshalb unwahr, weil der sog. „München Leitung“ des sog. Verbandes unser Tarif als Grundlage für ihre Forderungen diente. Dieselben Leute sollten uns eigentlich dankbar sein, daß die Tarifaufstellung leicht gemacht wurde, denn was wir forderten, wurde fast durchweg bewilligt. Was nun die haupt sache anbelangt, daß die Lohnbewegung auf den Orten nur vom „deutschen“ Holzarbeiterverband eingeleitet und unser Verband erst später zugezogen wurde, so hat hier wesentlich die Unwahrheit geschrieben. Schon im Vorjahre wurden an den betreffenden Orten unter den Kollegen beiderseits die Lohnbewegungen erdriert und letzten Frühjahr durch gemeinsame Sitzungen eingeleitet. Diese Tatsachen werden auch die Kollegen im gegnerischen Lager bestätigen müssen und nur eine grenzenlose Selbstbehauptung kann solche gegenteilige Behauptungen. Weiter haben wir zu dem Geschreibsel nichts zu bemerken. Man muß sich nur fragen, ob es klug ist und den Interessen der Holzarbeiter dient, wenn von den Führern des „deutschen“ Holzarbeiterverbandes immerwährend unsere Bewegung solcher Weise verächtlich wird. Trotz der sechs-jährigen Tätigkeit der „Freien“ liegen die Verhältnisse in München fast hat, ohne gegenseitiges Einvernehmen keine Lohnbewegungen geführt werden kann, wenn nicht die Interessen der Kollegen darunter leiden sollen. Aber es gibt nun Leute, die mit dem „bayrischen Hercules!“ auch wirklich spielen wollen und sei es nur, daß sie ihre Kraftanstrengungen in München zeigen müssen. Die Entwicklung unseres Verbandes wird durch nicht aufgehalten. Das zeigen die bisherigen Erfolge.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Oktober 1900 fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Beitrages von 5 Pfg. erhält die Zahlstelle Jugelstadt.

#### Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralkasse jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Jungzug.

Jungzug ist fernhalten von Schreibern nach: Ober-Schlesien (Aug. Habel), Ostpreußen, Braunschweig (H. H. Bentrich (Manal), Kaiserlautern, Elberfeld bei Herford, Rattow (Grünfeld). — Von Barmen in Pönselwahren nach Goh. Nieberstein. — von Köln (Schreiner nach Dortmund (Reij), Rattow (Gerbes). — Schreiner nach Köln (Krab & Keller), von Ufrengehäuser Goldbleistmager nach Lauterbach Schwarzwall (Haber).

Der Streit in Braunschweig dauert unverändert. Da im Jahre 1889 das letzte mal eine Bewegung stattfand, sind die Arbeitgeber der Meinung, daß bisherigen Zustände auch für alle Zeiten bestehen bleiben.

### Verwendungsgebiete des Holzes.

Von Otto Ferg, Ingenieur.

I. (Nachdruck verboten).

In der für die luftungsgefähige Entwicklung so kurzen Zeitspanne eines Jahrhunderts hat das Eisen eine Bedeutung erlangt, welche die Bedeutung des vorigen Jahrhunderts als das des Eisens wohl ohne weiteres verdrängt. Diese Bedeutung hat es aber zum Teil auf Kosten anderer Materialien erreicht, so auch des Holzes, dessen Anwendung es auf vielen Gebieten einengte. Das bei den unvergleichlich günstigeren Festigkeitseigenschaften des Eisens trotzdem ein vollständiges Zurückdrängen der Anwendung des Holzes unmöglich war, läßt auf Ursachen schließen, die der Verwendung des Holzes eine gewisse Domäne erhalten haben. Zunächst reichen die Festigkeitseigenschaften des Holzes in vielen Fällen aus, um den äußeren Anforderungen, welchen es ausgesetzt ist, genügenden Widerstand zu leisten. Dann aber kommt in vielen Fällen die höhere Beanspruchungsmöglichkeit in Betracht, sowie viele andere charakteristische Eigenschaften des Holzes und nicht in letzter Linie sein wärmerer Ton im Gegensatz zu dem kalten Metall.

So hat das Holz als Baustoff auf den verschiedensten Gebieten der Technik einen würdigen Platz behaupten können, und es lohnt sich wohl einmal, Umstand zu halten, inwieweit dies in der Gegenwart noch zutrifft.

Was zunächst die technischen Wirkungskreise anbelangt, so wenden wir uns zunächst dem Bergbau zu. Vor allem ist es die Ausbaggerung der Stollen und Gänge gewesen, welche ganz unglücklich große Holzmassen von sehr erheblicher und auch die Neuzeit hat sich für die Zwecke der Gruben- und Stollenbau nicht entäußern können. Wohl wurden mit eiserne Beschreibungen vielfach Versuche angestellt, aber dieselben waren nur selten von Erfolg begleitet, jedoch man kann sich leicht vorstellen, welche Schwierigkeiten, welche

durch den Gebirgsdruck und durch die Einwirkung des Wassers hauptsächlich hervorgerufen werden, immer noch am besten durch die Anwendung der Grubenstützung mittels des Holzes entgegentritt. Nicht minder große Massen erfordert die Abstützung der senkrechten Schächtwände, innerhalb welcher bei den modernen Bergwerken der Verkehr in das Innere sich abspielt. Hier hat allerdings in der Neuzeit der sogenannte Cypelage-Betrieb erfolgreich eingeführt, immerhin bleibt abzuwarten, welche Resultate auf die Dauer dabei erzielt werden können. Welche Holzquantitäten als sogenanntes Grubenholz Verwendung finden, soll mit einigen Zahlen belegt werden. Nach den Mitteilungen von Decher hat sich auf Grund langjähriger Aufzeichnungen ergeben, daß auf 1000 Str. gewonnene Kohle 5 c<sup>3</sup> oder auf eine Tonne 0,081 cbm Holz erforderlich sind. Da rund 120 Millionen Tonnen Stein- und Braunkohlen jährlich gefördert werden, so sind hierzu rund 3,6 Millionen cbm Holz erforderlich. Für den gesamten Bergbaubedarf, also für Kohlen, Salz und Erzgewinnung werden rund 4 Mill. cbm Holz nötig sein, ein Betrag, welcher bei der gesamten Holzholzanzeige in den preussischen Staateswahlen nahezu gleichkommt.

Weniger wichtig ist die Anwendung des Holzes auf dem Gebiete des Güterwesens und der Maschinenfabrikation. Dort allerdings, wo die große Billigkeit des Holzes in die Waagschale fällt, in holzreichen Gegenden, oder in Fällen, wo der Betrieb so billig gehalten werden muß, daß die einzelnen maschinellen Einrichtungen nicht viel kosten dürfen, werden gewisse Teile aus Holz gefertigt. Wir erörtern nur an die Hochwerke der Güterbedriebe, deren Hauptteile aus Holz bestehen, die nur an den am meisten beanspruchten Stellen mit Eisen armiert werden, an die zahlreichen Mechanismen der Erzaufbereitungsanstalten, ferner an gewisse Teile der Holzbearbeitungsmaschinen, an Kreislägen und Säge-Gatter, bei welchen es nur die Schneidwerkzeuge und die Wellen aus Eisen hergestellt; wir weisen ferner auf die mit Holz

beliebte Anwendung des Holzes als Konstruktionsmaterial für Wasserräder, sowie auf den Umstand hin, daß für gewisse Maschinenteile, z. B. Bremsklötze, Reibungsstumpelungen, Holz im Maschinenbau wie aus der Mode gekommen ist, daß man in neuerer Zeit denselben beispielsweise durch die Anwendung der hölzernen Nietenstücken ein weiteres Jugendnis als Konstruktionsmaterial gemacht hat.

Welche ausgedehnte Anwendung das Holz im Eisenbahnbau findet, ist allbekannt. Im Deutschen Reich betragen die Längen aller Bahngelände über 86000 km. 62000 km hiervon ruhen auf hölzernen Querschwellen, also der bei weitem größte Teil. Die Mehrzahl derselben besteht aus Nadelholz nämlich 55%, aus Eichenholz 40%, aus diversen Laubbäumen der Rest. Der Querschwellen-Oberbau und zwar mit hölzernen Querschwellen, sowie der eiserne Querschwellen-Oberbau dominieren (zusammen etwa 81000 km). Der Querschwellen-Oberbau ist im Verschwinden begriffen. Pro Kilometer liegen rund 1800 Stück Querschwellen, die verschiedene Stänge und Stücke und je einen Festgehalt von etwa 0,1 m<sup>3</sup> haben. Wegen der Rechnung aber auch nur 100 m<sup>3</sup> Kilometer zu Grunde, so erfordert der jährlich etwa 900 m<sup>3</sup> umfassende Neubau von Eisenbahnen 90000 km pro 300 m Querschwellenmaterial. Da im großen Durchschnitt die Schwelle eine Dauer von 10 bis 12 Jahren haben — die größten Fahrgehwindigkeiten veranlassen eine stärkere Abnutzung — so werden jährlich etwa 860000 cbm Schwellen ersetzt werden müssen. Der jährliche Schwellenbedarf, also rund 1 Mill. cbm erfordert. Hierzu kommt noch Bedarf an sonstigem Holz aller Art in dem Bau von Eisenbahnen. Der gesamte Holzverbrauch der preussischen Eisenbahnverwaltung ist zu 20 Mill. Mark veranschlagt, was eine Summe, welche 1/3 bis 1/4 der jährlichen Einnahme der preussischen Staatsforstverwaltung erreicht.

\*) Im = Festmeter, im Gegenfall zu m = Raummeter.

Das Verhalten der Arbeitgeber ist das reinste Beispiel. Seit den verflochtenen 16 Streitwochen fanden 4 Kommissionsitzungen statt, und waren die Verhandlungen schon soweit gediehen, daß die Kollegen glaubten, jeden Tag wieder die Aufnahme der Arbeit erfolgen. Aber fuchten die Arbeitgeber dann wieder von ihren Forderungen freizukommen, indem sie erklärten, die Gesellen die Forderungen erhöht u. s. w. In der Hauptsache sei sich die Meister gegen die Festsetzung des Durchschnittes, welcher in Höhe von 44 Pfg. pro Stunde von den Kollegen verlangt wird. Mit einem Tarif ohne die Festsetzung einer Lohnhöhe, ist den Kollegen aber nicht gebend.

**Ursache des Streiks in Posen.** Nach achtwöchentlichem Streik ist es in Posen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages gelangt. Lange genug hat es gedauert im Vergleich zu dem, was erzielt worden ist. Wir wollen ja nicht behaupten, daß es so sehr wenig ist, denn ein Lohnzuschlag von 7% ist nicht zu unterschätzen. Wenn man aber bedenkt, daß die Lohnkommission unseres Verbandes vor 10 Wochen, vor dem Streik, bereits 5% und Übernahme des Besandes des Bandesagelchneidens von den Meistern zugesagt war, im ganzen also rund 6 1/2%, so kann man von großen Erfolge eigentlich nicht reden. Damals haben die „Christen“ aber in die Welt hinausposaunt, die „Christen“ als größten Arbeitervertreter, wenn sie den Tarif allein festsetzen würden. Als dann aber 8 Tage vor Ausbruch des Streiks von unseren Kollegen in einer öffentlichen Versammlung der Antrag gestellt wurde, gemeinsam die Bewegung zu machen, wurde es von den „Genossen“ abgelehnt. Aber am nächsten Tag, denn schon am nächsten Tage befanden sie sich in der Lage, da hätten es unsere Kollegen eigentlich abgelehnt. Sie haben es aber nicht getan und die Bewegung gemeinsam geführt, bis es denn jetzt zum Frieden gekommen ist. Und der Erfolg? 7% ist alles; denn 1 1/2% Arbeitszeitverkürzung pro Woche fällt wohl nicht so ins Gewicht. Es hat sich bei dieser Lohnbewegung gezeigt, daß man doch auch nur Forderungen stellen kann, die auch wirklich durchzuführen sind. Wenn man aber mehr verlangt und muß dann auf 7% zurückgehen, so gerät man in ein Siegesgefühl, das einen da beschleicht. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter kann aber mit dem Erfolg auf den moralischen Wert der Bewegung zurückzuführen, denn wir wollten den Kollegen einen längeren Kampf ersparen, aber die „Genossen“ haben dazu gedrängt, die Leute in den Kampf getrieben, um ihre Position zu behaupten.

Das wird ihnen aber nun nach den Vorgängen der Wochen wohl kaum gelingen. Macht sich doch ein Stolz gegen die „Genossenleitung“ bemerkbar, der in der letzten Versammlung zum Durchbruch gekommen ist. Unsere Kollegen werden aber nunmehr unablässig an dem Aufbau des Verbandes arbeiten, um die Zahlstelle zu vergrößern und bei späteren Lohnbewegungen ein ernstes Wort zu sagen zu können.

**Lohnbewegung der Tischler in Danzig.** Nachdem die Kollegen im vorigen Jahre zum erstenmal einen Tarif abgeschlossen, der im August d. J. seine Gültigkeit verlor, regte sich der Wunsch nach Aufbesserung der Löhne. Dank der sauren Konjunktur, die im Frühjahr eintrat, nahm die Lohnkommission vorläufig Abstand, neben dem bestehenden Tarif gleich eine neue Forderung den Kollegen vorzulegen. Dazu kam, daß der Streik bei der Schicht, wie auch der in Poppel hierbei mitbestimmend da eine gewisse Resignation eintrifft, ins Unabsehbare gegriffen hätte, so konnten an eine ernstliche Durchführung der etwa gestellten Forderungen kaum zu denken. Nachdem von Seiten der Kollegen eine Forderung an die Arbeitgeber nicht gestellt, nahmen einzelne Kollegen, das sei hier erwähnt, selbst eine Erhöhung der Löhne vor; mitbestimmend war hierbei wohl besonders der Vorstoß machende Mangel an Arbeitskräften.

Als der Tarif abgelaufen, schien mit Anfang der sauren Konjunktur einzusetzen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war eine große, und daß dieser nicht geantwortet werden konnte, ist daraus ersichtlich, daß in mehreren Betrieben Überstunden gemacht wurden. Nun glaubte die Lohnkommission den Zeitpunkt für gekommen, um den Arbeitskräften Forderungen zu unterbreiten.

Die Forderungen der gütigen Arbeitsgelegenheit waren die einzelnen Kollegen allerdings ziemlich groß, doch schied man sich endlich mit Aufstellung der Forderung: 58% Lohnzuschlag, 3 Pfg. Lohnzuschlag pro Stunde und 10% Zuschlag. An 86 Arbeitgeber war diese Forderung mit der Bitte, innerhalb acht Tagen Antwort zu geben. Auf auch rechtzeitig ein mit der Angabe, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Wünsche beziehungsweise Forderungen in Erwägung ziehen würde. Mit dieser Antwort konnten sich jedoch die Kollegen nicht zufrieden geben, sie fürchteten, daß die Sache sich in die Länge ziehen würde und beschloßen daher die Arbeit am Montag den 1. März niederzulegen. Nur in wenigen Betrieben, den sog. „Hausbetrieben“, blieben die Arbeiter stehen. Der Erfolg war ein vollenständiger; bereits nach drei resp. vier Tagen hatten die Kollegen unterschrieben anerkannt.

Dem Arbeitgeberverband werden dieser Tage Tagungen stattfinden, die hoffentlich in Kürze einen für alle annehmbaren Abschluß herbeiführen. Auf eines dieser hier besonders hingewiesen. In vielen der vorerwähnten Betriebe befinden sich noch eine große Anzahl unserer Kollegen, die sonst immer mit der bequemen Hand zum Geld sind, die Organisation leidet und erreicht nicht. Wie bisher, so ist auch jetzt wieder der Beweis, daß die Organisation alles, der Einzelne aber nichts. Diesen Überwindlichen Sparten, die nebenbei bemerkt für Klimabvereine u. dgl. ausgehen, die wie die Welt dort stehen, wo sie nicht geht haben, die auch

jeht strupplos mit einheimen, sei zugerufen: Organisiert Euch! Schließt Euch der Schar derer an, die bisher für eure Sache gekämpft und daher einen berechtigten Anspruch auf eure Hilfe haben. Endlich muß doch mit der Gleichgültigkeit aufgeräumt werden. — Schon waren diese Stellen gesetzt, als die Nachricht einlief, daß der Streik mit einem Erfolge der Kollegen beendet sei. Der Tarifvertrag wurde erneuert und läuft bis zum 1. April 1910. Die allgemeinen Bestimmungen haben folgenden Wortlaut:

- § 1. Dieser Vertrag gilt vom 1. Oktober 1909 bis zum 1. April 1910.
- § 2. Die Arbeitszeit in den Tischlereien beträgt wöchentlich 58 Stunden. Beginn und Schluß derselben bleibt der freien Vereinbarung überlassen.
- § 3. Zu dem bisherigen Lohn erhält jeder Tischlergeselle einen Lohnzuschlag von 2 (zwei) Pfg. die Stunde. Der Durchschnittslohn für Durchschnittsarbeiter beträgt von 1. Oktober 1908 bis zum 1. Januar 1909 achtunddreißig Pfg., vom 1. Januar 1909 bis zum 1. Januar 1910 vierzig Pfg., vom 1. Januar 1910 bis zum 1. April 1910 zweiundvierzig Pfg. pro Stunde. Bei Gesellen im ersten Gesellenjahre, alten und minderwertigen Gesellen kommt kein Durchschnittslohn, sondern ein Lohn nach freier Vereinbarung zur Anwendung. Für Lieferung von Werkzeug durch die Gesellen, wird pro Stunde zwei Pfg., für Lieferung der Hobelbank wöchentlich 50 Pfg. extra vergütet.
- § 4. Für Überstunden, welche die wöchentliche jeweilige Arbeitszeit übersteigt, wird folgender Zuschlag bezahlt: Zwei Stunden nach der täglichen Arbeitszeit 10 Pfg., für jede weitere Stunde 20 Pfg. pro Stunde.
- § 5. Die Anfertigung von Türen und Fenstern erfolgt nach einem gemeinsamen Akkordtarif, dessen Preise in gleichem Zeitraum wie der Durchschnittslohn um 5% steigen.
- § 6. Die Lohnzahlung erfolgt am Lohnstage gleich nach Schluß der Arbeitszeit. Wartezeit über eine Viertelstunde wird als Überstunde bezahlt.
- § 7. Dieser Vertrag, sowie der Akkordtarif für Türen und Fenster, wird in allen Werkstätten sichtbar ausgehängt und hat bei unterzeichnetem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes seine Gültigkeit anzuhalten, diesen Bestimmungen nachzukommen.

Außer den allgemeinen Bestimmungen wurde noch ein Akkordtarif vereinbart, der in über 100 Positionen die Preise für Stuckarbeit festlegt.

**Aus den Verbandsbezirken.**

**16. Bezirk.**

Für den 16. Bezirk fand am 21. Oktober in Herne eine Konferenz statt, die sehr gut besucht war. Außer den Delegierten, deren aus fast allen Zahlstellen 2—3 zugegen waren, hatte sich eine größere Anzahl von sonstigen Kollegen eingefunden, um neue Anregungen für die zukünftige gewerkschaftliche Tätigkeit in Empfang zu nehmen. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Medlinghausen-Süd, Hamm und Datteln. Vom Zentralvorstand waren die Kollegen Kuntze und Schick anwesend.

Den Bericht der Delegierten über den Stand der einzelnen Zahlstellen war zu entnehmen, daß im allgemeinen im letzten Quartal ein kleiner Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist. Zugewonnen haben die Zahlstellen: Bochum um 13, Dortmund um 28, Wanne um 10 und Bünne um 5 Mitglieder. Dagegen haben die Zahlstellen Medlinghausen um 19, Welfenkirchen um 6, Witten um 6, und Mengede um 2 Mitglieder abgenommen. Die Kollege Kuntze bekannt gab, hatten von 13 Zahlstellen des Bezirks nur 6 bis zum 21. Oktober die Quartalsabrechnung eingekandt.

Die Verhandlungsgegenstände der Konferenz erstreckten sich in der Hauptsache auf die Punkte: Agitation, Verwaltungsgeschäfte der Zahlstellen und Lohnbewegungen. Ueber den ersten und letzten Punkt waren kurze Referate vorgelesen, die von den Kollegen Schick und Kuntze erstattet wurden. Folgende Anregungen wurden von der Konferenz den Delegierten zur Durchführung in den Zahlstellen ganz besonders mit auf den Weg gegeben:

Zunächst ist in jeder Zahlstelle für eine ordentliche Geschäftsführung und Kassenführung zu sorgen. Das kann nur erreicht werden, wenn die Vorstandsmitglieder sich in die Arbeit teilen und ihren Posten gewissenhaft und pünktlich versehen. Die Vertrauensleute sollen wöchentlich, mindestens aber alle 14 Tage mit dem Kassierer abrechnen. Für größere Werkstätten empfiehlt es sich, Delegierte zu bestimmen, die unter anderem die Funktionen der Vertrauensleute mit verrichten. Aus allen Zahlstellenvorständen ist, soweit dies möglich ist, je ein Kollege zu bestimmen, welcher von allen Arbeiten entbunden, sich nur der Agitation widmen soll. Die Adressen dieser Kollegen sind dem Bezirkssekretär mitzuteilen. Um die von den Zahlstellen errichteten Arbeitsnachweise wirksamer zu gestalten, sind die Mitglieder häufiger darauf hinzuweisen, offene oder offen werdende Stellen sofort zu melden. Bei Neuaufnahmen von Mitgliedern ist es empfehlenswert, in den Versammlungen auch die Namen derjenigen Kollegen bekannt zu geben, welche die neuen Mitglieder dem Verbande zugeführt haben. Es soll dies eine offizielle Anerkennung, aber auch ein Ansporn für die andern Mitglieder sein, ihrerseits ebenfalls dem Verbande neue Mitglieder zuzuführen. Für die Werkstätten, wo noch unorganisierte Kollegen vorhanden sind, sind Werkstatteversammlungen abzuhalten. Zu einer solchen Versammlung können auch mehrere in der Nähe liegende Werkstätten eingeladen werden. Bei der Agitation ist in Zukunft den einzelnen Branchen wie: Stellmacher, Bildhauer, Korbmacher, Tischlermacher, Tapezierer, Vergolder usw. eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Wo es eben möglich ist, sind für die einzelnen Branchen Sektionen zu bilden. Werden Lohnbewegungen in Aussicht, so haben die Ortsverwaltungen sich nach dem Reglement und nach den Anweisungen des Zentralvorstandes zu richten. Es ist vorzunehmen, daß z. B. Zahlstellen bei Streiks ohne weiteres vom ersten Tage ab 8—6 Uhr höhere Unterstützungen wöchentlich ausbezahlt und das Geld einfach

von der Hauptkasse verlangten. In einem Falle wurden sogar 28 Mk. die Woche gezahlt. Diefem Unfug ist entschieden entgegen zu treten, auch dann, wenn die erhöhten Unterstützungen aus der Lotalkasse gedeckt werden.

Der rege und sachliche Meinungsaustausch auf der Konferenz läßt erwarten, daß die Delegierten mit demselben Eifer die Anregungen in die Tat umsetzen. Die Agitation muß viel intensiver wie bisher betrieben werden. Darüber herrschte bei allen Delegierten nur eine Stimme. Im Ruhrbezirk, wo der Verband für die meisten Kollegen tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpft hat, wo die Zahlstellen sich sehr leicht gegenseitig unterstützen können, darf es überhaupt nicht vorkommen, daß eine Zahlstelle zurückgeht. Offenlich bringt das vierte Quartal einen besseren Zuwachs wie das dritte. Das wird eintreten, wenn den Worten der Konferenz nunmehr auf der ganzen Linie die Taten folgen.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Hagen.** Bei der Firma Boffe, Bauischneiderei und Holzbearbeitungsfabrik, sind z. B. von unseren Verbänden drei Kollegen beschäftigt. Die Zahl der „Freien“ beträgt etwa 25—30. Als dieser Tage das Gespräch auf den hierherkommenen Bischof kam, wurde einer von unseren Kollegen mit ganz gemeinen Redensarten, die sich auf die Persönlichkeit des Bischofs bezogen, bedacht. Als unser Kollege die Gemeinheiten zurückwies und einem „Freien“ namens Müller sagte, solches hätte er von ihm als älteren Kollegen doch nicht erwartet, drohte ein sozialdemokratischer Jüngling unsern Kollegen mit dem Hammer werfen zu wollen. Sofort, gelang; kaum ausgesprochen, hatte unser Kollege die Wirkung des Hammerwurfs gespürt. In Wut wurde reanodiert; der Wurf verfehlte aber sein Ziel und flog einem anderen „Holggenossen“ am Kopf vorbei. Erhöht hierüber, sagte man unsern Kollegen, warf ihn zu Boden und bearbeitete ihn mit Händen und Füßen. Nachdem der Kollege sich aus der schwierigen Lage befreit hatte, ging er sofort ins Konior, um diesen Vorfall dem Betriebsinhaber zu melden. Es genügt aber nun noch nicht, daß die Holzgenossen im Betriebe ihrem gepreßten Herzen Luft zu machen versuchten, sondern man rief ihm zu, daß er am Abend nach Schluß der Arbeit sich auf etwas gefaßt machen könnte. Zur Besichtigung setzte sich unser Kollege einen Kasten in die Tasche, um im Falle eines Überfalles wirksam den Angriff von Raufboschen abweisen zu können. Auch ging der Kollege etwas früher aus dem Betriebe, um einen Zusammenstoß mit den „Freien“ zu vermeiden. Aber man war ihm sofort gefolgt: er wurde dann von einem „Genossen“ angefaßt. Unser Kollege war jedoch auch nicht furchtlos und gab dem „Mutigen“ ein Andenken mit auf den Weg. Auf das Geschrei des „Genossen“ hin kamen dann noch mehrere seiner Kollegen herbeigeeilt, rissen abermals unseren Kollegen zu Boden und bearbeiteten ihn. Der Rißhandelt und noch ein Kollege von unserm Verband erklärten nach diesen Vorgängen, daß sie nicht mehr mit solchen Freiheitshelden zusammen arbeiten wollten. Am andern Mittag wurden sie beim Betriebsinhaber vorstellig und baten, er möchte ihnen die Papiere fertig machen, sie wollten sich nicht von den „Holggenossen“ die Knochen kaputt schlagen lassen. Die Kollegen haben dann die Arbeit niedergelegt. Der „mutigste“ der „Genossen“ mußte dann auch auf Anordnung des Betriebsinhabers sofort die Bude verlassen. Der Vorfall wird den christlichen Holzarbeitern die Augen öffnen. Hier sehen sie, was Geistes Kinder die sogenannten „freien“ Gewerkschaften sind. Auf dem Lande hängt man den Deckmantel der Neutralität um, in den Städten verlegt man die religiösen Anschauungen der Arbeiter in der gemeinsamen Weise. Die Handlungsweise der „Holggenossen“ gegenüber unsern Kollegen wurde selbst von „freien“ Verbändlern als eine „Gemeinheit“ bezeichnet. Kollegen! Christliche Arbeiter! Dieses ist eine Ergänzung der Fälle, welche unsere Kollegen schon im Jahre 1899 veranlaßten, sich einmal ernstlich die Frage vorzulegen, ob wir als christliche Arbeiter nötig haben, unsere religiöse Ueberzeugung in einem Verbande mit Jüden treten zu lassen. Sollen wir mit dem sauer verdienten Gelde die sozialdemokratischen Ideen fördern helfen? Sollen wir uns selbst nicht als Geistes Kinder, wenn wir einem Verband beitreten, in dem wir fortwährend wegen unserer christlichen Ueberzeugung verpöht werden? Die Antworten auf diese Fragen ergaben die Notwendigkeit der Gründung des christlichen Holzarbeiterverbandes. Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter haben jene getragen, die es den christlichen Arbeitern unmöglich gemacht, sich den sogenannten „freien“ Gewerkschaften anzuschließen. Wer wie Einsender dieses als evangelischer Arbeiter Gelegenheit gehabt hat, früher Mitglied des „freien“ Holzarbeiterverbandes zu sein und in den Versammlungen zu hören, wie dort Kirche, Christentum, auch Geistliche beider Konfessionen beschimpft werden, wird sagen müssen: hinaus aus dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband, hin in den wirklich „freien“, in den Zentralverband christl. Holzarbeiter Deutschlands. Dort in den „freien“, wo die christliche Weltanschauung der Arbeiter mit Ehrung beworfen wird, ist kein Platz mehr für konsequent denkende evangelische und katholische Arbeiter.

**Soergemünd.** Nachdem sich hier am Orte bereits eine Anzahl Kollegen der Zahlstelle St. Johann angeschlossen hatten, hielten diese es für ratsam, in Soergemünd selbst eine Versammlung abzuhalten, um so den indifferenten Einwirkungen zu geben, von der Zahlstelle ihre so oft erfahrene Gemüthe gegen den Verband vorzubringen. Außer einigen unorganisierten Kollegen hatten sich noch der Gewerkschafter und der Vorsitzende der Zahlstelle Soergemünd des sog. Holzarbeiterverbandes eingefunden. Das Referat hielt Kollege Sander, St. Johann. Er zeigte an der stetig steigenden Lebensmittelpreise wie notwendig eine Organisation ist, die einen Ausgleich zwischen diesen und dem Arbeitslohn schafft. Die Arbeitgeber haben trotz ihrer dem Arbeiter überlegenem wirtschaftlichen Stärke die Zweckmäßigkeit des Zusammenflusses erkannt und sichern sich durch die letzteren große Vorteile. Wenn die Arbeiterhaft dieses auch will, so erreicht sie es nicht durch Konfessionen hinter dem Bierisch, sondern nur dadurch, daß sie sich organisiert und Opfer bringt für ihren Stand. In der Diskussion meldeten sich dann die beiden Genossen zum Wort, die den anwesenden Kollegen den Haren aufbinden wollten, daß der sog. Holzarbeiterverband religiös und politisch neutral sei. Die Christlichen hingegen stellten das religiöse Moment in den Vordergrund, händten im Banne der Geistlichen und erhielten ihre Beistimmungen von M. G. Sander. Kollege Sander zog diesen Diskussionsredner unbarnterzig die Larve vom Gesicht und bewies, daß gerade die „freien“ Gewerkschaften die Schuld an der Zersplitterung der deutschen Arbeiterhaft haben. Die Versammlung hat daher zur Stärkung der Geister wesentlich beigetragen. Ihr Erfolg war dann auch der, daß sofort zur Gründung einer Zahlstelle geschritten werden konnte und steht zu hoffen, daß sich dieser eine günstigen Entwicklung erfreut.

Grosen. Die sozial. Holzarbeiterzeitung" beschäftigt sich in ihrer Nr. 42 mit Unfällen Beschäftigten und berichtet, daß Mitglieder unseres Verbandes einen soz. organisierten Holzarbeiter beim Arbeitgeber als einen "Noten" benutzten hätten und mit allerlei Schikanen bei der Hand gewesen seien. Bisher ist von diesem "Terrorismus" nichts bekannt geworden und hätte der "Note" jedenfalls gut getan, falls seine Angaben auf Wahrheit beruhen, bei unserer Ortsverwaltung Beschwerde zu führen. Der Berichterstatter der "Holzarbeiterzeitung" schreibt aber: "Wir wollen aber keine Beschwerde führen, denn wir wissen, daß die Kollegen nur aus Unkenntnis handeln. Sind doch gerade hier in unserem 'polnischen Kom' die Arbeiter fast noch vollständig in der Gewalt der Geistlichkeit, die es für eine hundertfach schwerere Sünde hält, Mitglied einer freien Gewerkschaft zu sein, als wenn der Arbeiter jedes Denken in dem bei so vielen Gelegenheiten empfohlenen Produkt der bekannten Großbesitzlichen Kasprowitz erstickt." Mit anderen Worten heißt das: "Die Mitglieder der christlichen Zählstelle sind im Vertilgen des Fiskus groß und erfinden darin jedes Denken". Ein Verleumder, der derartige Schreie, verdient es in der Tat, daß ihm auf seine unfauberen Finger geloset würde. Das Nachwort kennzeichnet aber unsere "roten Brüder", denen jedes Mittel recht ist, den Christlichen eins auszuwicheln. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß der rote Skribist im Vertilgen des Fiskus bei Kasprowitz etwas Mächtiges leistet, daher von sich auf andere schließt und bei benebeltem Gehirn von einem Terrorismus der Christlichen träumt.

### Gewerkschaftliches.

**Freiwillige vor!** Der gemeinsame Austausch der Mitglieder zwischen Gewerkschaften und Arbeitervereinen ist bereits im Gange. Wo noch keine Anstalten dazu gemacht worden sind, ist es die höchste Zeit zu beginnen. Die Zählstellen unseres Verbandes müssen überall für eine systematische Durchführung der Aktion Sorge tragen. Insbesondere ist der Hausagitation die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Diese muß planmäßig vorbereitet und durchgeführt werden. Kein Mitglied des Verbandes sollte es versäumen an derselben teilzunehmen und so einen größeren Erfolg sichern helfen. In keinem Orte, wo Mitglieder unseres Verbandes sind und konfessionelle Arbeitervereine bestehen, darf die Aktion vernachlässigt werden. Freiwillige vor! muß es auf der ganzen Linie heißen. Nur dann ist der Erfolg gesichert und wird der Zweck der Aktion: die Stofkraft der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu erhöhen, erreicht.

**Streifbetrachtungen** stellte kürzlich der "Genosse" Veim-peters in den "Soz. Monatsheften" an. Er kommt dabei zu dem Resultat, daß die Begleiterscheinungen von Streiks vielfach unerfreulicher Natur sind. So schreibt Veimpeters:

„Ein verhängnisvoller Fehler ist das Abhalten der vielen Versammlungen, in denen den Leuten ihre Pfennige, die sie so notwendig gebrauchen, im Nu aus der Tasche getrieben werden. Bei solchen Gelegenheiten muß mit der Masse, wie sie ist, und nicht, wie sie sein soll, gerechnet werden, und die Masse kennt kein morgen, versteht nicht, die Konsequenzen ihrer Lage zu ziehen, sondern lebt — auch im Krieg — in den Tag hinein, bis der letzte Pfennig fort ist. Die Mehrzahl der Ruhrbergleute hat während der Streifwochen mehr Bier getrunken und Zigarren geraucht als sonst. In Meuselwitz sah ich die Streikenden am zweiten Tage ihres Kampfes bei Bier und Zigarren in frohlicher Stimmung, sogar vielfach mit ihren Frauen. In acht, selbst in drei Tagen hatten viele keinen Pfennig mehr, und das sind Kämpfer, die durch einen Hungertampf das Unternehmertum besiegen wollen“.

Zweifellos enthalten die Betrachtungen manches Beherzigens-werte. Doch liegt keine Veranlassung vor in die Lüne der Scharfmacherpresse zu verfallen, welche die Auslassungen als „ein verständiges Wort“ zu ihren Gunsten auszunützen sucht. Ebenso verfehlt ist aber auch das Beginnen des soz. Bergarbeiterverbandes, der aus Respekt vor „S. M. dem sozial. Proletariat“ seinen Redakteur Veimpeters preis gibt und erklärt, daß dieser lediglich seine private Meinung geäußert habe.

**Theorie und Praxis.** Der „Vorwärts“ das soz. Hauptorgan“, fühlt sich bemüht, gegen den neu abgeschlossenen Tarifvertrag der Buchdrucker zu Felde zu ziehen. Unter anderem kritisiert er auch die durch den Vertrag nicht abgeschaffte Akkordarbeit der Maschinenfeger. Im Verbandsorgan der Buchdrucker „Korrespondent Nr. 21“ wird der „Vorwärts“ nun mit Spott und Hohn überschüttet und gefragt: „Warum befehlige er (der „Vorwärts“) nicht in seinem Betriebe die Nachteile der Akkordarbeit?“ Weiter sagt dann der Korrespondent:

„Keine Drucker in Deutschland hat jemals eine so raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinenfeger ausgeübt, als gerade die Drucker des „Vorwärts“. Wir haben darüber bis jetzt nichts gesagt; wenn aber der Vorwärts zur Beruhigung unserer Kollegen die Dinge auf den Kopf stellt und unseren Kollegen die zehnprozentige Lohn-erhöhung hinwegzuspulieren sucht, dann muß es eben gesagt werden, daß in jedem bürgerlichen Geschäft eine Kontrolle über die Leistungen, wie sie im Vorwärts (d. h. in der Druckerlei deselben) geübt werden, mit dem Streik beantwortet worden wäre“.

Ein Streik dürfte allerdings beim „Vorwärts“ wenig Wert haben. Lehrt doch die Erfahrung, daß für diesen Streikbrecher genug zu haben sind. Was in der Redaktion möglich war, wird in der Seherei nicht unmöglich sein. Der Partei zuliebe muß ein echter „Genosse“ eben Streikbrecherdienste verrichten und sich mit Arbeitsverhältnissen zufrieden geben, die kein bürgerlicher Arbeitgeber in seinem Betriebe duldet.

**Tarifgewerkschaft der Buchdrucker.** Zwischen der Organisation der Buchdruckerbesitzer und dem Buchdrucker-Verband ist der bisher gültige Tarif verbessert und auf die Dauer von weiteren 10 Jahren abgeschlossen worden. In der Hauptsache handelt es sich bei den Verbesserungen um eine 10%ige Lohn-erhöhung. Ein näheres Eingehen auf den Tarif nach seiner Licht- wie auch Schattenseite verlohnt sich heute noch nicht, da selbst die Meinung in Buchdruckerkreisen darüber noch nicht geklärt ist. Während in einigen Städten die Gehälter der Einverleibten mit den Abmachungen er-

klärten, kam es in anderen Städten zur Verwerfung derselben. Eine radikale Strömung im Buchdruckerverband verlangt sogar die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung und die Auflösung des Verbandes, um so vor den nichtbe-friedigenden Abmachungen des Verbandes loszukommen.

**„Die politische Neutralität des freien Sattlerverbandes“.** In Nr. 21 vom 13. Oktober d. J. der „Sattlerzeitung“ des sozialdemokratischen Sattlerverbandes wird bekannt gegeben, daß für den Gau Köln die Stelle eines besoldeten Gauleiters zum 1. Januar 1907, eventuell früher, neu zu besetzen ist. Unter anderem heißt es da wörtlich: „Nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung in Dresden sind nur solche Mitglieder zur Bewerbung zugelassen, welche mindestens drei Jahre politisch organisiert sind“. Das hier unter der fraglichen politischen Partei nur die Sozialdemokratie zu verstehen ist, leuchtet jedem ein. Demnach will man nur waschechte „Genossen“ an die Spitze des Verbandes stellen. Trotzdem wird man aber nach wie vor mit der vollständigen Neutralität auf politischem und religiösem Gebiet herum-schwabeln.

### Soziale Rundschau.

**Gewerbegerichtswahlen.** In den nächsten Wochen finden in vielen Städten die Gewerbegerichtswahlen statt. Die mächtig aufstrebende christl. Arbeiterbewegung hat bei dieser Gelegenheit alle Ursache, sich eine ihrer Stärke entsprechenden Vertretung zu erringen. Lange genug hat man in unseren Kreisen den sozialen Wahlen zu wenig Beachtung geschenkt. Die Folge davon ist, die heute noch so spärliche Vertretung in den von der sozialen Gesetzgebung errichteten Institutionen. Wie früher, so werden auch bei den diesjährigen Wahlen, die sozialdem. Gewerkschaften mit ihrer ganzen Macht ein-greifen. Nicht der Sache der Arbeiter gilt ihr Eifer, sondern der Sache der Partei.

Wie früher, so werden auch jetzt wieder von gegnerischer Seite „nur siebenmal gesiebte Parteigenossen als Kandidaten zugelassen“, wie einmal der „Korrespondent“ für die deutschen Buchdrucker“ treffend bemerkte. Danach ist also bei diesen Leuten nicht in erster Linie die Tüchtig-keit des betr. Kandidaten maßgebend, sondern seine Zugehörigkeit zur sozialdem. Partei. So werden die Gewerbe-gerichtswahlen auf jener Seite zur Parteisache gemacht. Nun gibt es aber keine Partei, die bisher für die Arbeiter weniger geleistet hat, wie gerade die sozialdemokratische. Keine welche das Christentum und die christl. Arbeiter schärfer be-kämpft. Beweis hierfür sind die zahllosen Proklam-mationen christlich gesinnter Arbeiter, die nicht ihre Ueber-zeugung verleugnen wollten. Beweis ist ferner die gehässige, systematische Bekämpfung der christlich nationalen Arbeiter-bewegung. Niemals darf sich ein christl. Arbeiter soweit ver-gessen, solchen Gegnern zum Siege zu verhelfen, denn „nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber“. Die christl. Arbeiter haben in ungezählten Fällen bewiesen, daß sie Manns genug sind, ihre Interessen selbst zu vertreten. Mit derselben Entschiedenheit werden sie auch die Interessen der Arbeiter beim Gewerbegerichte zu vertreten wissen. Noch nie hat übrigens ein christlicher Beisitzer am Gewerbegerichte verlangt, den Arbeitgebern höhere Entschädigungen zu bewilligen wie den Arbeitern, wie das vor einigen Jahren ein sozialdemokratischer Beisitzer am Düssel-dorfer Gewerbegericht getan hat. Noch nie hat ein christl. Beisitzer in der Gewerbegerichtssitzung geschlafen. Das tat ebenfalls ein sozialdemokratischer Bei-sitzer. Die christl. Beisitzer haben überall ihre Pflicht getan. Kollegen! Zeigt daher bei den bevorstehenden Wahlen, daß ihr selbstbewusste Männer seid, die neben der Erfüllung ihrer Wahlpflicht, auch noch die Aufgabe haben, überall die Lauen aufzurütteln, die Säumigen heranzuholen. Aus der diesjährigen Wahlkampagne muß die christl. Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gestärkt hervorgehen. Auf denn zur Agitation!

Die Zahl der Streiks im Jahre 1905 soll nach der amtlichen Statistik von 1908 im Jahre 1904 auf 2448 ge-stiegen sein; die Zahl der beendeten Streiks stieg von 1870 im Jahre 1904 auf 2408 im Jahre 1905, die Zahl der Betriebe, welche durch die Streiks zum Stillstand gekommen sind, von 2101 im Jahre 1904 auf 3665 im Jahre 1905, die Zahl der streitenden Arbeiter von 113480 im Jahre 1904 auf 408145 im Jahre 1905, die Zahl der Arbeitstage, die durch die Streiks verloren gegangen sind, von 3622998 im Jahre 1904 auf 14536233 im Jahre 1905. — Die Zahl der Aussperrungen sind im genannten Jahre aber auch ge-kliegen und zwar bei begonnenen Aussperrungen von 132 im Jahre 1904 auf 288 im Jahre 1905, die Zahl der beendeten Aussperrungen von 120 im Jahre 1904 auf 254 im Jahre 1905, die Zahl der Betriebe, welche durch die Aussperrungen betroffen worden, von 1115 im Jahre 1904 auf 3859 im Jahre 1905, die Zahl der Betriebe, welche durch die Aus-sperrungen zum Stillstande gekommen sind, von 435 im Jahre 1904 auf 834 im Jahre 1905, die Zahl der ausgesperrten Arbeiter von 23760 im Jahre 1904 auf 118665 im Jahre 1905, die Zahl der Arbeitstage, die durch die Aussperrungen verloren gegangen sind, von 1662127 im Jahre 1904 auf 4448320 im Jahre 1905. Von den Aussperrungen des letzten Jahres hatten 65 vollen Erfolg, 147 teilweisen Erfolg, 42 keinen Erfolg. Die Angaben der amtlichen Statistik sind mit Vorsicht anzunehmen, da die Erhebungen sehr mangelhafte sind. In Wirklichkeit dürfte sich die Zahl der Streiks noch um ein wesentliches erhöhen. Doch geben schon die gebrachten Zahlen ein Bild von den Kämpfen, welche die Arbeiterchaft zur Emanzipation ihres Standes zu führen gezwungen ist.

**Produktionserhöhung trotz Arbeitszeitverkürzung.** Schweizerische Fabrikinspektor Dr. Wegmann hat in vier Fabriken eingehende Studien über die Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Produktion gemacht und die Ergebnisse in den Fabrikinspektionsberichten mit. In Schweiß ist für alle Arbeiter bekanntlich durch Gesetz der stündige Maximalarbeitstag festgelegt; die freiwillige Verkürzung auf 10 Stunden macht fortgesetzt Fortschritte, nur hält sich ein Teil der Arbeitgeber demgegenüber noch ableh-nend mit dem Hinweis auf die Konkurrenz. Für diese sind sachlich die Wegmannschen Studien bestimmt, welche maßig den Beweis führen, daß die Produktion bei verkürzter Arbeitszeit nicht sinkt, sondern im Gegenteil steigt. Beispiele hierfür sind folgende:

1. Nach den Lohnbüchern hatten sechs Seidenwinderei zusammen:

bei 65 Stunden wöchentlich in			
Arbeitsstunden	kg Produkte	fros. Lohn	
2687	215,11	598,00	
bei 60 Stunden wöchentlich in			
Arbeitsstunden	kg Produkte	fros. Lohn	
2547	245	475,00	

In 100 effektiven Arbeitsstunden wurden produziert: im Stundentag 8,00 kg, im Stundentag 9,1 kg, und in effektiven Arbeitsstunde wurden verdient: im 11-Stundentag 18, im 10-Stundentag 22, Rappen. Bei einer Reduzierung der Arbeitszeit von 65 auf 60 Stunden, d. h. um 7,7%, das stündliche Produkt um 20,1, der Verdienst um 21,1%.

2. Eine andere Seidenwinderei arbeitete normal 10 Stunden in der Woche und ging auf 51 1/2 Stunden, um 16,2% zurück. Dabei stieg der stündliche Verdienst zwei beliebig herausgegriffenen Arbeiterinnen um 9,2 bzw. 10,1%.

3. In einer Maschinenfabrik stieg bei einer Verkürzung der Arbeitszeit um 15,2% der durchschnittliche Stundenlohn der Arbeiter von 58 auf 63 Rappen.

Während es meist die Arbeitgeber sind, welche zu Verkürzung erst befehrt werden müssen, berichtet Dr. Wegmann auch von einzelnen Arbeitern, die dagegen sind. Diese möglicherweise etwas gemächlicher Arbeiten, da sie sich überan-nehmen fühlen, wenn sie in kürzerer Zeit gleich viel leisten wie vorher in längerer. Es wird dann auch oft behauptet, die Kraft erlahme nach und nach und die Mehrleistung der Zeiteinheit gehe zurück. Für diese Fragen hat Dr. Wegmann, wie die „Soz. Praxis“ schreibt, kein Zahlenmaterial aufzuweisen, doch ist er der Meinung, die Tatsache, daß Fabrik von einer verkürzten bleibend zur längeren Arbeit zurückgekehrt sei, spräche dafür, daß ein Ausgleich eintritt, dem sich Arbeiter und Fabrikant gut befinden.

Die staatliche Anerkennung des kollektiven Arbeitsvertrages ist jetzt in Holland durch ein Gesetz, das mit der Regelung des Arbeitskontraktes beschäftigt zur Wirkung geworden. Nach diesem Gesetze werden den vertragschließenden Parteien, den Arbeitgebervereinigungen sowohl wie den Arbeiterorganisationen die Rechte juristischer Person erteilt. Daneben bestimmt das Gesetz, daß über Differenzen, die sich aus jedem formellen Arbeitsvertrage ergeben der Bezirksrichter zu entscheiden. Und zwar muß er innerhalb zwölf Tagen nach Eingang der Klage den Termin ansetzen. Mit diesem Gesetze hat Holland einen vorbildlichen Schritt auf dem Wege der Sozialgesetzgebung getan und es ist nur dringend zu wünschen, daß andere Staaten recht bald diesem Vorbilde folgen.

### Briefkasten.

**N. C.** Wenn keine unehelichen Absichten vorhanden sind, das Mitglied Wilhelm Jansen wird gebeten, Angehörigen in Dären die Adresse sofort mitzuteilen.

Das Mitglied Wilhelm Bedmann, Buchnummer 21 wird gebeten, seine Adresse sofort der Zählstelle Mannheim mitzuteilen.

**Dischler-Fachschule, Leipzig**  
 Werkmeister, Zeichner, Meister,  
 sofortige Anstellung; erfolgreiche Lehrmethode. — Pro-gramm frei von Dir. G. Streich, Löbnigerstr. 15.

**4-5 Möbelschreiner**  
 für dauernde Arbeit gesucht. Lohn 40-45 Pfg. pro 10 stündige Arbeitszeit. Außerdem  
**ein Maschinenarbeiter (Frasser).**  
 Möglichst militärfreie Leute wollen sich melden.  
 Oster Pettich, Gagenau (Ella)  
 Anstalt für kirchliche Kunst.

**Gesucht.**  
 Ein junger Mahnenschreiner auf Wilberrahmen die französische Schweiz. Guter Lohn, dauernde und angenehme Stellung. Offerten unter O. S. an die Expedition dieser Zeitschrift.  
**Mehrere tüchtige Bau- und Möbelschreiner**  
 finden sofort dauernde Arbeit. — Näheres: Arbeitsnachweis-Zählstelle Lüttlingen, Digastraße 35.  
 Verantwortl. Redakteur: Carl Jansen, Köln-Druck von Georg Meißner, 6814.